



Der Kommunalpolitik in Hessen Gehör verschaffen

SGK stärkt Kommunen und Gemeinden in Hessen

Autorin Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen e.V.

Ich kann mich nicht ganz des Ein-drucks erwehren, dass in der Landespolitik eine tiefe Kluft zwischen den Bekenntnissen zur Kommunalpolitik und dem realen Handeln besteht. In den berühmten Sonntagsreden, so auch beim Empfang des Ministerpräsidenten und seines Kabinetts auf dem Hestag, wird unermüdlich auf die Bedeutsamkeit der Kommunalpolitik hingewiesen und werden die großen Verdienste der Kommunalpolitiker*innen gelobt. Aber dann, wenn es um die Vereinfachung der Erlasslage geht, um die Zuwendungen aus dem kommunalen Finanzausgleich oder die Beteiligung bei der Entscheidung für das Schülerticket, wird es ruhig.

Was wir geleistet haben

Es ist jetzt knapp ein Jahr her, dass ich die Aufgabe der SGK-Landesvorsitzenden übernommen habe. Im Rückblick war es ein intensives und aufregendes Jahr. Kaum ein Thema blieb im Landesvorstand unbearbeitet. So der Schutzschirm und jetzt die Hessenkasse oder der Umgang mit der AfD in den Gemeindevertretungen, wozu wir eine Positionsbestimmung erarbeitet haben. Gegenüber unseren Vertretern im europäischen Parlament haben wir deutlich gemacht, dass kommunale Vertreter*innen in die Verwaltungsräte der Sparkassen gehören. Das Schülerticket hat uns beschäftigt, ebenso wie die Herausforderung der Schaffung von Wohnraum – auch in den Kreisen. EKVO, Umsatzsteuervorschussgesetz – auch das gehört zu den vielen Themen, die wir aufgerufen haben.

Ich bin stolz darauf, dass unser Frauennetzwerk gut angenommen wird.



Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen e.V.

Foto: Georg Kronenberg

Erstmals ist es uns gelungen, eine „Akademie auf dem Weg ins Rathaus“ mit 17 Teilnehmer*innen durchzuführen. Zur Bundestagswahl haben wir gemeinsam mit der Landesgruppe eine Broschüre zur „Entlastung der Kommunen“ herausgegeben und in Kürze erscheint das Buch „Best Practice in der Kommunalpolitik in Hessen“ – eine Sammlung einiger Beispiele hervorragender Leistungen, die Sozialdemokrat*innen erdacht und erbracht haben. Als ich die Druckfahnen gelesen habe, bin ich ein bisschen stolz darauf geworden, was unsere Bürgermeister*innen und unsere Kommunalpolitiker*innen alles auf die Beine stellen – in Zeiten knapper Kassen.

Wir haben uns aber auch vorgenommen, neue Wege zu beschreiten.

Im kommenden Jahr wird erstmals eine Ortsbeirätekonferenz stattfinden. Bislang arbeiten ca. 3.000 Sozialdemokrat*innen in den Ortsbeiräten, ohne hessenweit gehört zu werden. Das wollen wir ändern. Wir werden darüber hinaus im kommenden Jahr intensiver auch Veranstaltungen mit hochrangigen Referent*innen durchführen – zur Digitalisierung, zur Wasserversorgung und zum ÖPNV.

Wir haben die Rechtsberatung neu aufgestellt. Jetzt stehen uns auch Jurist*innen mit speziellen Fachkenntnissen zu Verfügung. Das ist für unsere Mitgliedsfraktionen von großer Bedeutung.

Im kommenden Jahr finden die Landtagswahlen statt. Wir bringen uns

Inhalt

Projekt „Jugendgerechte Kommune“

Jünger – mehr – bunter:
Und dann?

Ehrenamtliche sorgen
für Zuzug

Darmstadt als Vorreiter
einer digitalen Stadt

Deutschland nach der Wahl
– und Hessen vor der Wahl

AfK-Jahresprogramm 2018

Weihnachtsgrüße

hier ein, leisten im Programmprozess der SPD unseren Beitrag. Sowohl in der Arbeitsgruppe „Innen“ als auch in der Arbeitsgruppe „Finanzen“, in der ich persönlich mitarbeite.

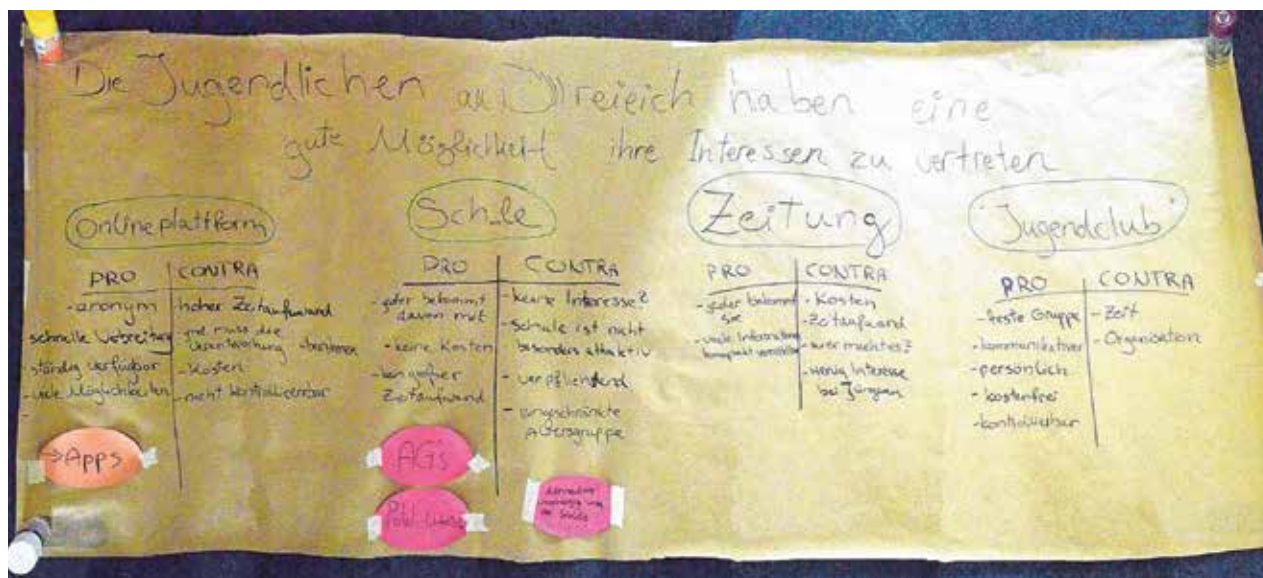
2018 wird ein ereignisreiches Jahr für Hessen. Wir als SGK tun alles dafür, dass es ein erfolgreiches Jahr für die SPD wird, die Interessen der hessischen Kommunen gut vertreten werden und Landespolitik nicht mehr zu ihren Lasten betrieben wird.

Euch allen möchte ich für die Unterstützung und euer Engagement danken, denn eine starke Interessenvertretung braucht aktive und engagierte Kommunalpolitiker*innen. Ich wünsche euch allen eine fröhliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr!

Projekt „Jugendgerechte Kommune“

Stadt Dreieich als Hessische Referenzkommune

Autor Patrick Bessler, Stadt Dreieich, Kinder- und Jugendförderung



Eine im Workshop mit Jugendlichen erarbeitete Wandzeitung

Foto: Stadt Dreieich

Seit Ende 2015 nimmt die Stadt Dreieich als Hessische Referenzkommune an dem bundesweiten Projekt „Jugendgerechte Kommune“ teil. Neben Dreieich sind an dem Projekt noch 15 weitere Kommunen beteiligt – aus jedem Bundesland eine.

Dreieich ist eine Kommune mit 45.000 Einwohnern im Rhein-Main-Gebiet, ca. 20 Kilometer südlich von Frankfurt am Main. Die Kommune setzt sich aus fünf Stadtteilen zusammen, die sich in ihrer Charakteristik unterscheiden. So gibt es ländliche, kleinstädtische Ortsteile, aber auch einen Stadtteil mit eher urbanem, multikulturellem Charakter.

„Jugendgerechte Kommune“ ist eine Kampagne der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Koordinierungsstelle „Handeln für eine Jugendgerechte Gesellschaft“. Ziel der Kampagne ist es, einen Prozess in ausgewählten Kommunen zu begleiten, der eine eigenständige Jugendpolitik auf Basis der vor Ort vorhandenen Strukturen dauerhaft etabliert. Diese Kommunen sollen dann als Referenz für andere Städte dienen.

Die Ziele und Motive der verschiedenen Kommunen sind dabei sehr unterschiedlich. Es werden vier verschiedene Merkmale jugendgerechter Kommunen formuliert:

1. Heimat für Jugend sein

Jugendliche fühlen sich in ihrer Kommune wohl. Es gibt bezahlbaren Wohnraum und eine Vielfalt an Möglichkeiten und Räumen, Bedürfnissen nach Freizeitgestaltung, Sport und Kultur gerecht zu werden.

2. Zukunft bieten

Alle Jugendlichen haben Zugang zu einem breiten Angebot formeller und informeller Bildung. Die Kommune engagiert sich für eine möglichst geringe Jugendarbeitslosigkeit.

3. Politik mit und von Jugend unterstützen

Jugendliche haben verbindliche Möglichkeiten, sich an Entscheidungen in ihren Kommunen zu beteiligen. Es gibt Ansprechpartner in Politik und Verwaltung, die allen Jugendlichen bekannt sind.

4. Strukturen für Jugend verbessern

Jugendpolitik wird als wichtiges Thema in der Kommune behandelt.

Dafür stehen Mittel bereit und es gibt verbindliche Strukturen und Leitbilder für Jugendpolitik.

Jugendparlament

Für die Stadt Dreieich war die Gründung des Jugendparlamentes die Motivation zur Teilnahme am Programm „Jugendgerechte Kommune“. Das Jugendparlament in Politik, Verwaltung und dem Bewusstsein der Dreieicher Jugendlichen zu etablieren ist somit das Hauptziel der beteiligten Jugendlichen und des Teams der Kinder- und Jugendförderung.

Die Idee, ein Jugendparlament zu gründen, stammt von Dreieicher Jugendlichen. Laut der Hessischen Gemeindeordnung (§4c HGO) sollen Kommunen geeignete Verfahren bereitstellen, um Kinder und Jugendliche an Entscheidungen zu beteiligen, die sie betreffen. Eine Befragung durch die Dreieicher Kinder- und Jugendförderung ergab, dass sich Dreieicher Jugendliche für ein Jugendparlament aussprachen.

Die von den Stadtverordneten verabschiedete Satzung des Jugendparlamentes besagt, dass das Jugendparlament Rederecht in den städtischen Gremien und Vorschlagsrecht im Magistrat hat. Auf diese Weise ist

ein Mitspracherecht für Jugendliche gewährleistet.

Willkommener Austausch

Die Zusage für die Teilnahme am Prozess „Jugendgerechte Kommune“ traf in Dreieich ein, als dort gerade die Wahlen zum ersten Jugendparlament auf Hochtouren liefen. Da das Vorhaben „Jugendparlament“ für alle beteiligten Jugendlichen, Politiker und Verwaltungsmitglieder Neuland war, war der Erfahrungsaustausch mit den anderen Kommunen und die Unterstützung durch die Koordinierungsstelle sehr willkommen.

So hat das Jugendparlament in den vergangenen zwei Jahren mehrere Veranstaltungen und Workshops organisiert. Unter anderem ein Open Space Camp, bei dem alle Dreieicher Jugendlichen eingeladen waren, Ideen für ein noch jugendgerechteres Dreieich zu sammeln. Gleichzeitig besuchten Mitglieder des Jugendparlamentes und der städtischen Kinder- und Jugendförderung gemeinsam die Seminare der Koordinierungsstelle in Berlin und Hannover, bei denen insbesondere die Jugendlichen viel vom Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der anderen Kommunen profitierten. Auch in zwei Nachbargemeinden von Dreieich wurde man auf das Jugendparlament aufmerksam und so gibt es nun dort auch Bestrebungen Jugendparlamente ins Leben zu rufen.

Die Kampagne „Jugendgerechte Kommune“ läuft noch bis Ende 2018. Das nächste Jahr wird noch einmal spannend: Zum einen konstituiert sich dann das neu gewählte Jugendparlament und zum anderen gilt es, einige der Ideen, die von Dreieicher Jugendlichen an das Jugendparlament heran getragen wurden, umzusetzen.

Link zur Website von „Jugendgerechte Kommune“:

<https://www.jugendgerecht.de/jugendgerechte-kommunen/jugendgerecht-vor-ort/>

Kita und Krippe vollständig gebührenfrei

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion für Chancengleichheit und Qualitätsverbesserung



Mit dem Dreiklang: Gebührenfreiheit, Qualitätsverbesserung, Entlastung der Kommunen legt die SPD-Fraktion einen „großen Wurf“ vor.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Kinderbetreuung in Hessen vollständig von Gebühren befreit und die Qualität der Betreuung verbessert werden soll.



Thorsten-Schäfer Gümbel und Gerhard Merz.

Der Entwurf für das „Gesetz zur Chancengleichheit und zur Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung“ sieht den Wegfall der Elternbeiträge bei allen Betreuungsangeboten für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr vor, sagte der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

Der zweite Baustein im Betreuungskonzept der SPD sei eine Verbesserung der Betreuungsqualität: So sollen

personelle Zuschläge für die Vor- und Nachbereitung, für Elterngespräche und andere so genannte mittelbare pädagogische Arbeiten sowie für die Wahrnehmung von Leitungstätigkeiten eingeführt werden; die personellen Reserven für den Ausgleich von Ausfallzeiten durch Krankheit, Urlaub und Fortbildung werden auf ein realistisches Maß erhöht, erläuterte Gerhard Merz, sozial- und familienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Das verbessere die individuelle Betreuung der Kinder. Zudem sehe der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion vor, die Kommunen schrittweise von den Kosten für die Kinderbetreuungseinrichtungen zu entlasten. Ab 2022 trage danach das Land zwei Drittel der Kosten.

„Das ist ein großer Wurf für die Kleinen in unserem Land und für die Eltern“, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel fest. „Wir liefern, was wir versprochen haben und was Schwarz-Grün nicht hinbekommt: Vollständige Befreiung der Eltern von den Gebühren, Verbesserung der Betreuungsqualität und Entlastung der Kommunen. Das unterscheidet

die SPD und ihre Familienpolitik von der Landesregierung, die eine Gebührenbefreiung nur simuliert und in Wahrheit die Kosten auf die Kommunen abwälzt.“

Die SPD-Fraktion will die Kommunen bei der Finanzierung einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung zu entlasten. Schäfer-Gümbel sagte: „Die Kommunen in Hessen sind ohnehin schon ein finanzielles Notstandsgebiet. Die von Schwarz-Grün geplante teilweise Gebührenbefreiung geht in wesentlichen Teilen zu Lasten der Kommunen. Dem stellen wir

unseren Entwurf entgegen: Wir entlasten sie damit stärker, als es jede Hessenkasse je könnte. Wir greifen nicht in die Kassen der Kommunen.“

Gerhard Merz sagte zur Finanzierung des SPD-Konzepts: „Ab 2020 hat Hessen über 500 Millionen Euro mehr aus dem Finanzausgleich. Unser Gesetzentwurf führt in der Endstufe ab 2022 zu Mehrausgaben von 720 Millionen Euro im Jahr. Die Differenz lässt sich problemlos finanzieren, wenn die Landesregierung einfach nur aufhört, Steuergeld sinnlos zu versenken.“

Keine Besserung in Sicht

Debatte über Kommunalfinanzen

Die Verklärung der finanziellen Not der hessischen Kommunen war aus Sicht von Norbert Schmitt das Ziel der Regierungserklärung von CDU-Finanzminister Dr. Schäfer in der November-Sitzung des Hessischen Landtags. Schmitt erinnerte daran, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young die Situation so zusammengefasst habe: „Finanzlage desolat, keine Verbesserung in Sicht, massives Drehen an der Gebührenschaube“. Die Bertelsmann-Stiftung bezeichne Hessen sogar als Krisenregion der Kommunalfinanzen.

„Bis zum Jahr 2000 hatten die hessischen Kommunen die drittgeringsten Defizite pro Kopf in Deutschland. Seit Regierungsübernahme durch die CDU verschlechterte sich aber Jahr für Jahr ihre Situation. Mittlerweile haben die hessischen Kommunen die dritthöchsten Defizite in Deutschland. Die hessischen Kommunen wurden

durch die CDU vom Spitzenreiter zum Absteiger gemacht.“ Allein zwischen 2009 und 2015 seien 7,8 Milliarden Defizite und damit Schulden bei den hessischen Kommunen entstanden, weil das Land die Kommunen unzureichend finanziert habe. Deshalb stehe das Land auch in der Pflicht, die Kommunen aufgabengerecht finanziell auszustatten. Die sogenannte „Hessenkasse“ zur Ablösung sogenannter Kassenkredite werde jedoch zu 80 Prozent von den Kommunen selbst finanziert. Das sei inakzeptabel und müsse korrigiert werden.



Norbert Schmitt.

Jünger – mehr – bunter: Und dann?

Der Landkreis Waldeck-Frankenberg und die Regionalentwicklung

Autor Dr. Jürgen Römer, Fachdienstleiter Dorf- und Regionalentwicklung beim Landkreis Waldeck-Frankenberg

2017: Nach und nach verbreitet sich eine neue Wahrnehmung ländlicher Räume in Deutschland. Die oftmals interessengeleitete, einseitige Sicht auf die – oft nur vermeintlichen – Probleme „des platten Landes“ macht einer realistischeren, auf Zahlen statt auf Vermutungen bzw. Prognosen, auf aktiver Bedarfsermittlung statt „Drehen an Stellschrauben“, auch auf Chancen statt nur auf Probleme, auf Stärken statt nur auf Schwächen fokussierten Sichtweise Platz. In vielen hessischen Landkreisen wachsen seit einigen Jahren die Bevölkerungszahlen an. Fachleute wissen, dass die Größe und Struktur einer Bevölkerung in hohem Maße durch Wanderungsprozesse beeinflusst wird. Wer dies genau analysiert, kommt zu erstaunlichen Ergebnissen: Vermehrt junge Familien ziehen auf's Land, Leerstand ist in vielen ländlichen Kommunen kein Problem mehr, die Zuziehenden kommen oft aus dem EU-Ausland, aber auch aus den deutschen Ballungsgebieten. Jahrzehntelang sind ohne ganzheitlichen Blick auf die demografischen Entwicklungen Symptome falsch interpretiert und dementsprechend falsch therapiert worden.

Im Landkreis Waldeck-Frankenberg steht am Beginn der die zentralen Förderprogramme „Dorfentwicklung“ und „LEADER“ flankierenden Arbeit die Ermittlung genauer, wissenschaftlich fundierter und aussagefähiger Daten, vor allem zur Demografie. Prognosen, die sich immer wieder als falsch erweisen, spielen dabei keine Rolle mehr – Planungsprozesse sind auch ohne sie möglich. Die Bevölkerung wird durchschnittlich altern – das tut sie in allen deutschen Regionen, bei sich stetig verbessernder Gesundheit. Sie wird bunter, vielfältiger, also sind gesellschaftliche Integrationsprozesse enorm wichtig, und dies bezieht sich nicht nur auf Migranten von anderen Kontinenten, sondern auf die vielen Gruppen innerhalb Deutschlands und Europas, die Integrationsdefizite aufweisen.

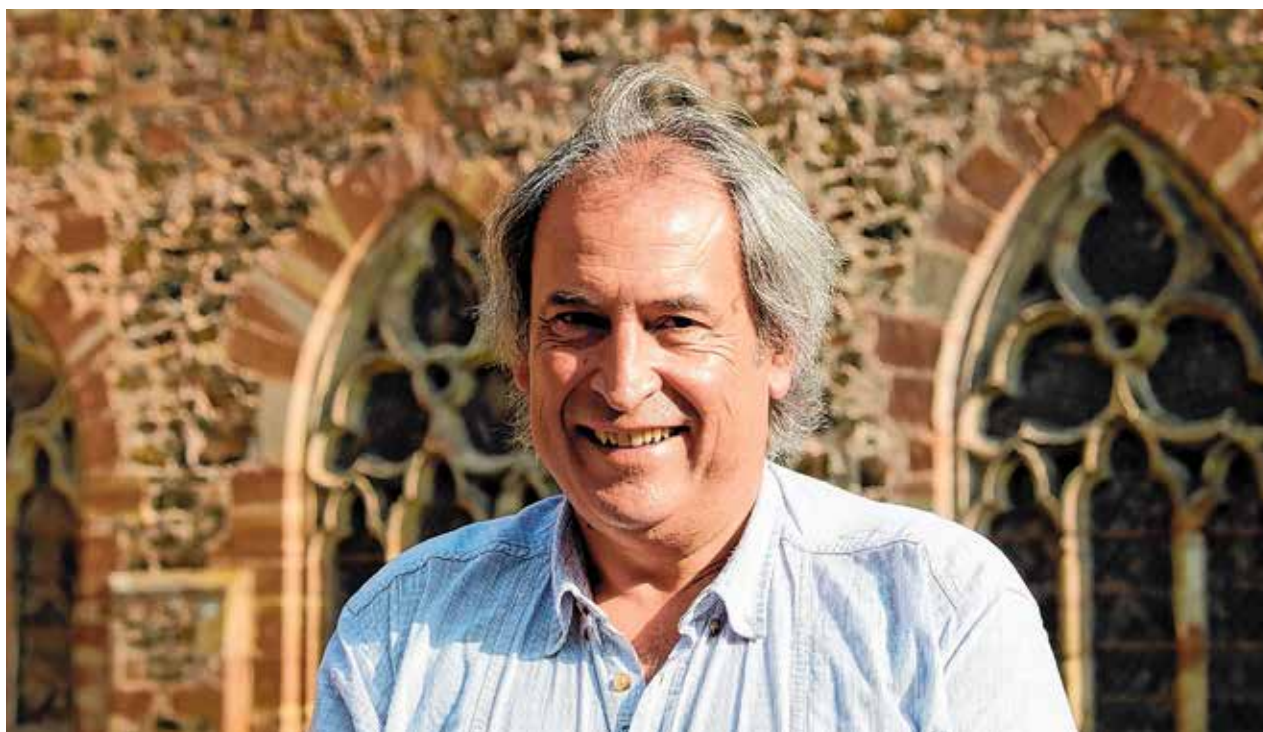
Die ländliche Bevölkerung hat klare Vorstellungen von den Stärken und Schwächen des eigenen Ortes, der Region, des eigenen Vereins, der Kirchengemeinde, der örtlichen Politik usw. Wir haben hervorragende Erfahrungen damit gemacht, die Men-

schen zu fragen: „Was wollt Ihr?“ Früher erschien ein Experte in einem Ort und erklärte den Menschen, welche Sorgen und Nöte sie haben und an welchen „Stellschrauben“ man drehen müsse, um alles ins Lot zu bringen. Diese eher betriebswirtschaftliche Sicht lösen wir ab durch eine konsequente Förderung der Stärken ländlicher Orte: Zusammenhalt, „Anpackkultur“ (Henkel), soziales Miteinander, gegenseitige Verantwortung. Das „Konzept der Sozialen Orte“ (Kersten, Neu, Vogel) studieren wir nicht nur in Kooperation mit seinen Entwicklern, wir gehen konkrete Schritte, um das oberste Ziel einer umfassenden Entwicklung zu erreichen: die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Dorfberatung heißt bei uns, dass wir kommunikative Prozesse anregen, ermöglichen, unterstützen und begleiten. Dörfer und Kleinstädte können durchaus so etwas wie „Selbsteilungskräfte“ reaktivieren, die ländliche Räume seit jeher auszeichnen. Damit soll nicht dem Rückzug des Staates das Wort geredet werden, was oft mit „Stärkung der Eigenverantwortung“ verbrämt wird. Die Dörfer sollen eben

nicht sich selbst überlassen werden. Sie sollen jedoch selbst mitteilen, welche Form von Unterstützung sie brauchen. Dies ist interessanterweise nicht immer der Wunsch nach mehr Geld. Beispiel Vereine: Das Problem fehlenden Geldes treibt die wenigsten Vorstände um, vielmehr sind es Fragen nach Mitgliedergewinnung, Vorstandsnachfolge, Vereinsrecht und -besteuerung, Öffentlichkeitsarbeit, neuen Medien, Rhetorik für Vorstandsmitglieder u. a. Mit einer finanziellen Förderung erreichen wir die Vereine kaum, da sie an den tatsächlichen Bedarfen vorbeigeht. Wir haben Engagierte eingeladen und gefragt: „Was wollt Ihr?“ Genau das bieten wir jetzt an. Das ist ein enormer Wandel in politischem und Verwaltungshandeln, der mittlerweile auf vielen Ebenen Platz greift.

Erfolge sind nachhaltige Verbesserungen der Lebensqualität in den Orten, stärkerer Austausch der Bewohnerinnen und Bewohner, ein schonender Umgang mit Ressourcen, örtliche Vitalität – Ziele, für die zu arbeiten sich lohnt.

www.landkreis-waldeck-frankenberg.de
Fachdienst Dorf- und Regionalentwicklung



Jürgen Römer erklärt das Konzept des Landkreises Waldeck-Frankenberg: regionale Entwicklung nach Maß.

Foto: Jürgen Römer

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Hessen e.V.,
 Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
 Telefon: (0611) 360 11 74
 Telefax: (0611) 360 11 95
 info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
 Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
 Telefon: (030) 255 94-100
 Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
 & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld



SEMINARPROGRAMM 2018

der Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V.

Jahresprogramm 2018

Datum	Ort	Thema	Teilnahmebeitrag
10.02.18	Frankfurt	Aufsichtsräte	50 €
10./11.03.2018	Gladenbach	Crash-Kurs Haushalt	100 €
17.03.18	Frankfurt	Fraktionszeitungen	50 €
14.04.18	Frankfurt	HGO	50 €
21.04.18	Gießen	Straßenbeiträge	50 €
05./06.05.2018	Gladenbach	Storytelling	100 €
9./10.06.2018	Herborn	Rhetorik für Frauen	100 €
28.07.18	Frankfurt	Interkulturelle Kompetenz	50 €
18.08.18	Gießen	Mit Anträgen erfolgreich	50 €
03./04.11.2018	Gladenbach	Crash-Kurs Haushalt	100 €
24./25.11.2018	Herborn	Planungsrecht	100 €

staatlich anerkannter Bildungsurlaub 2018

Datum	Ort	Thema	Teilnahmebeitrag
26.–30.03.2018	Hassenroth/Odw.	Führungskräfteseminar	299 €
28.05.–01.6.2018	Gladenbach	Rhetorik	299 €
26.–30.11.2018	Bad Hersfeld	Kommunalpolitik	275 €

Kommunalakademie Hessen 2018

Datum	Ort
27.–29.04.2018	Herborn
16.–17.06.2018	Herborn
13.–14.10.2018	Herborn
09.–11.11.2018	Gladenbach

Teilnahmebeitrag: 400 €



Anmeldung und weitere Informationen unter:

Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V.
 Markstraße 10, 65183 Wiesbaden
 info@afk-akademie.de

Ehrenamtliche sorgen für Zuzug

Modernes Wohnen im historischen Haus

Autorin Diana Wetzstein, Journalistin aus Wanfried

Die nordhessische Kleinstadt an der Landesgrenze zu Thüringen hat einen hohen Bekanntheitsgrad erlangt. Vor 500 Jahren begann ihr wirtschaftlicher Aufstieg durch die Lage am Werrafluss. Der Endhafen der Weser-Werraschiffahrt brachte Kaufleute aus Bremen und den Niederlanden in die Region. Der Reichtum von damals ist heute noch in den imposanten Fachwerkhäusern zu erahnen, doch das Werrastädtchen hat im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands viele Bürger verloren.

Über dem nur wenige Kilometer nahen Thüringen wurden Anfang der 1990er Jahre reichlich Fördertöpfe ausgeschüttet, in Hessens Grenzregionen wurde die Zonenrandförderung abgeschafft. Die Wanfrieder, zu Wendezeiten fast 5.000 Einwohner, sahen zu, wie Firmenstandorte in der Region geschlossen und im Osten neu aufgebaut wurden. Arbeitsplätze gingen verloren, Familien zogen weg. Zurück blieben deren Eltern. Heute sind sie Rentner und allein im viel zu großen Fachwerkhause, das für mehrere Generationen und Familien gebaut worden war.

Im Fachwerkmusterhaus Wohnen hat die Bürgergruppe für den Erhalt Wanfrieder Häuser im Jahr 2012 ein Beratungszentrum für Fachwerksanierung eingerichtet. Das wird von der gesamten Region genutzt, die ehrenamtlich arbeitenden Mitglieder geben Tipps rund um die Fachwerksanierung und ökologische Baustoffe, klären über das Konzept „Modernes Wohnen im historischen Haus“ auf, anhand hochwertiger, wohngesunder und sinnvoller Sanierungsideen, die in der Werrastadt aus der Not heraus geboren wurden. Die Stadt kaufte ein leerstehendes Fachwerkhause. Nach Konzepten aus der Bürgergruppe und mit Fördergeldern durch das Programm Stadtumbau West in Höhe von circa 180.000 Euro konnte es saniert werden. Heute zeigt die Gruppe dort, was Fachwerk bietet



Das Foto zeigt einige Mitglieder der Gruppe: Bürgermeister Wilhelm Gebhard, Harald Wagner, Dieter Franke, Jürgen Rödiger, Peter Freiherr Roeder von Diersburg, Walter Küster, Peter Geerk, Erich Böck, Dieter Böttcher, Diana Wetzstein (v.l.).
Fotos (2): Diana Wetzstein

– das Projekt hat sich für Wanfried, die Bauwirtschaft und die Bürger bereits bezahlt gemacht.

Die Käufer wurden anfänglich mittels einer Kampagne in den benach-

barten Niederlanden gefunden. Heute kommen Menschen aus den deutschen Ballungsräumen, die nach Ruhe, Nähe zur Natur und einer reizvollen Landschaft suchen und die gute Infrastruktur und



Architekt Horst Sieland, ebenfalls Mitglied der Gruppe, während der Sanierungsarbeiten im August 2010

preisgünstige Lebenshaltungskosten schätzen.

Als die Gruppe Ende 2006 gegen den Leerstand antrat, ging in 21 historischen Fachwerkhäusern der Altstadt schon lange niemand mehr ein oder aus. Elf Jahre später sind diese wieder bewohnt, bis auf eines. Für 55 Häuser konnten die zehn ehrenamtlichen Hausvermittler neue Käufer finden, mit denen sie Nutzungs- und Sanierungskonzepte besprachen, die sie integrierten und auch nach dem Kauf über Jahre hinweg ehrenamtlich beraten.

Hunderte Fachwerkinteressenten, Privatleute, Professoren mit ihren Studenten, Lehrer mit ihren Berufsschülern, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker ließen sich von den Architekten, Ingenieuren und Fachwerkhausbesitzern der Gruppe das Fachwerkmusterhaus zeigen und dabei über die Vermarktung der Leerstände und Gewinnung von Neubürgern aufklären. Denn dabei arbeiten Bürgermeister Wilhelm Gebhard, Stadtverwaltung, Handwerker und die Bürgergruppe erfolgreich Hand in Hand. „Der Bevölkerungsrückgang konnte deutlich abgebremst werden. Im Jahr 2016 stieg die Einwohnerzahl sogar erstmals wieder“, sagte Bürgermeister Gebhard kürzlich. Etwa 3,5 Millionen habe das ortsansässige oder ortsnahe Handwerk allein durch die Aufträge verzeichnen können, die an den 55 Häusern zu vergeben waren, die von der Gruppe vermittelt wurden. Ganz nebenbei sei das gesamte Immobiliengeschäft in Gang gekommen, so Gebhard.

Seitdem die Gruppe im Fachwerkmusterhaus beraten kann und die Öffentlichkeitsarbeit gelingt, steigen auch die Zahlen der Tagestouristen, der Übernachtungsgäste und die Einnahmensituation der Kommune.

Weitere Infos unter

www.buergergruppe-wanfried.de

Darmstadt als Vorreiter einer digitalen Stadt

Aus: NETZwerk | Herbst 2017

In Deutschland hat der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (Bitkom) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund den Wettbewerb „Digitale Stadt“ ins Leben gerufen. Ziel sei es, eine Stadt in Deutschland mit den neuesten digitalen Technologien und Anwendungen zu versorgen und damit Problemstellungen vor Ort anzugehen. Bewertet wurden gemäß Bitkom die vorgelegten Strategien und Konzepte der Bewerberstädte. Vor allem standen die Vision einer digitalen Stadt, die Unterstützung vor Ort, das professionelle Projektmanagement, eine nachhaltige Entwicklung und die Kommunikationsstrategien im Fokus. Zugleich dient der Wettbewerb dazu, anderen Städten Entscheidungshilfe bei eigenen Digitalisierungsprojekten geben zu können.

Um den Titel konnten sich mittelgroße Städte mit rund 100.000 bis 150.000 Einwohnern bewerben. Neben der Einwohnerzahl waren eine städtische Prägung, eine gute Infrastrukturanbindung und die Nähe zu einer Hochschule weitere Voraussetzungen. Von den 14 eingereichten Bewerbungen kamen Darmstadt, Heidelberg, Kaiserslautern, Paderborn und Wolfsburg in die Endrunde. Schließlich wurde Darmstadt von der Jury zum Sieger ernannt.

Mit Unterstützung von mehr als 20 Partnerunternehmen soll Darmstadt laut Angaben des Digitalverbands Bitkom zu einer digitalen Modellstadt ausgebaut werden. Der Verkehrssektor, die Energieversorgung, Schulen und das Gesundheitswesen werden beginnend ab Anfang 2018 demnach mit neuesten digitalen

Technologien ausgerüstet. Die öffentliche Verwaltung soll innovative Online-Anwendungen und der Handel intelligente Lieferdienste anbieten können. Ergänzend dazu werden die Telekommunikationsnetze ausgebaut und verbessert.

Am Ausbau zu einer digitalen Vorzeigestadt beteiligt sich ein breites Bündnis aus Digitalunternehmen, die das Projekt mit Produkten und Dienstleistungen in zweistelliger Millionenhöhe unterstützen, berichtet Bitkom. „Die Investitionen machen den Standort für weitere Unternehmen attraktiv und werden Folgeinvestitionen nach sich ziehen. Andere Städte werden von den Entwicklungen in Darmstadt lernen, dadurch wird ein wichtiger Impuls für die digitale Transformation von Deutschlands Städten und Gemeinden gesetzt“, sagte Bitkom-

Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder.

„Die Bewerbung von Darmstadt hat die Jury vor allem aufgrund ihrer ausgewogenen Einbeziehung der verschiedenen Themenbereiche und Facetten einer digitalen Stadt überzeugt“, sagte Rohleder anlässlich der Preisverleihung. „Die bereichsübergreifende Vernetzung aller Sektoren mit dem Fokus auf hochprofessionelle Cyber-Sicherheit ist der Schlüssel für eine erfolgreiche digitale Stadt Darmstadt.“ Der Wettbewerb habe zudem gezeigt, dass die Finalstädte auf einem guten Weg in Richtung digitale Zukunft seien.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung von: NETZwerk, das Entscheidermagazin für regionale Versorger der DAL; Deutsche Anlagen-Leasing, Mainz

Deutschland nach der Wahl – und Hessen vor der Wahl

Wie wollen wir Frauen vor Ort Wahlkampf machen? Das war das Thema des Treffens des Frauennetzwerkes am 25. Oktober in Wiesbaden



Unter der Leitung von Gisela Stang wurde diskutiert, wie und wen Frauen gewählt haben. Dabei kamen auch Ideen und Strategien für die Landtagswahl 2018 zur Sprache: Wie schaffen wir es, mehr Frauen für die Politik – insbesondere im ländlichen Raum – zu interessieren und zu begeistern?

Fotos (3): Susanne Hoffmann-Fessner

AfK Jahresprogramm 2018

27./28.01.2018, Herborn
Winterschool

10.02.2018, Frankfurt
Aufsichtsräte

10./11.03.2018, Gladenbach
Crash-Kurs Haushalt

17.03.2018, Frankfurt
Fraktionszeitungen

14.04.2018, Frankfurt
HGO

21.04.2018, Gießen
Straßenbeiträge

05./06. Mai 2019, Gladenbach
Storytelling

9./10.06.2018, Herborn
Rhetorik für Frauen

28.07.2018, Frankfurt
Interkulturelle Kompetenz

18.08.2018, Gießen
Mit Anträgen erfolgreich

03./04.11.2018, Gladenbach
Crash-Kurs Haushalt

24./25.11.2018, Herborn
Planungsrecht

Kommunalakademie

27.04.2018, Herborn
Einstieg & Erwartungshaltung

28.04.2018
HGO

29.04.2018,
Persönliches Projekt

16.06.2018, Herborn
Doppik

17.06.2018
Doppik

13.10.2018, Herborn
Rhetorik

14.10.2018, Rhetorik

09.11.2018, Gladenbach
Zeit- und Selbstmanagement

10.11.2018
Baurecht

11.11.2018
Strategische Steuerung

Bildungsurlaub

26.03.-30.03.2018, Odenwald
Führung

28.05.-01.06.2018, Gladenbach
Rhetorik

26.11.-30.11.2018, Bad Hersfeld
Kommunalpolitik

Zusätzliche Angebote:
„Auf dem Weg ins Rathaus“ sowie
Seminare vor Ort.

Weitere Informationen:

Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V. Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden, Fon 0611-360-117-6, Fax 0611-360-119-5, info@afk-akademie.de, www.afk-hessen.de



Foto: Bernd Kasper/pixelio.de

*All unseren Mitgliedern,
Leserinnen und Lesern sowie
ihren Familien und Freunden
wünschen wir ein
schönes Weihnachtsfest und
Glück und Gesundheit für
das neue Jahr!
Wir freuen uns auf viele
interessante Begegnungen
innerhalb der
kommunalen Familie!*